

## 4 Tage auf See

„Wir sind nachts losgefahren. Wir fuhren bis zum Morgen des nächsten Tages. Dann ist der Motor ausgefallen. Wir haben sofort versucht, die italienische Küstenwache anzurufen. Sie haben auch geantwortet und gesagt, sie wissen, wo wir sind und sie werden kommen. Aber niemand kam, um uns zu helfen. Am nächsten Morgen haben wir wieder angerufen. Da haben sie gesagt, sie würden versuchen herauszufinden, wo wir sind. Danach war der Akku unseres Telefons leer. Die Situation war schrecklich. Die meisten auf dem Boot waren Familien. Wir hatten große Angst, es gab kaum noch Essen und Wasser. Am Nachmittag gelang es einem Mechaniker, den Motor des Bootes zu reparieren. Wir waren jetzt die dritte Nacht auf See. Der Kapitän sagte, er wisse nicht, in welche Richtung er fahren müsse. Dann ging auch der Treibstoff aus. Wir dachten, das ist das Ende. Das Schlimmste war der Gedanke, wir würden unseren Vater, unseren Bruder oder unser Kind vor unseren Augen sterben sehen. In der vierten Nacht wurde die Situation noch schlimmer. Es kam Wasser ins Boot. Wir haben in zwei Schichten versucht, das Wasser aus dem Boot hinauszuschaukeln. Wir fuhren in die Richtung einiger Lichter. Am Morgen sahen wir, dass sie zum Schiff einer Ölfirma gehörten. Von fünf bis acht Uhr haben wir dann versucht, das Boot mit den Händen weiter in die Richtung des großen Schiffes zu bewegen. Andere haben weiter Wasser aus dem Boot geschaukelt. Eine Frau hat versucht, mit ihrem Spiegel Signale zu senden, um die Leute von der Ölfirma auf uns aufmerksam zu machen. Und wir haben laut gerufen. Nach einer Stunde hat ein Mann, der arabisch konnte, mit uns gesprochen. Er sagte, sie würden jemanden anrufen, der uns retten würde. Nach einer halben Stunde kam er zurück. Er sagte, sie hätten die italienische Küstenwache angerufen und die würde uns in drei Stunden holen. Nach drei Stunden kamen sie und haben uns gerettet. Ich habe noch einen Rat für euren Info-Flyer, der uns sehr geholfen hat. Man sollte den Leuten sagen, dass sie unbedingt Ruhe bewahren müssen. Denn Kleinigkeiten können dazu führen, dass das Boot kentert. Einen Tag nach unserer Rettung gab es einen solchen Vorfall, bei dem 100 Leute ertrunken sind, weil an Bord Panik ausgebrochen ist.“

**Mohamed** stammt aus dem Sudan, er musste Libyen während des Kriegs 2011 verlassen. Berichte wie dieser sind bis heute die Grundlage für die schrittweise Weiterentwicklung des Alarm Phone.

**Ö**konomisch stehen viele Basisinitiativen in Afrika mit dem Rücken zur Wand. Wir rufen daher dringend zu Spenden für die alltägliche politische Arbeit unserer MitstreiterInnen in Mali, Burkina Faso, Tunesien, und Marokko auf. Stichwort: Umverteilung praktisch angehen!



Trotz Protesten verweigerten die Innenminister Ende 2013 die weitere Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus Libyen. Viele sind seitdem mit dem Boot gekommen [Foto: visual.rebellion]

## Von Lampedusa zum Alarm Phone

Eine Notruf-Nummer soll Bootsflüchtlinge in Seenot unterstützen

Über ein Jahr ist es her, dass europäische Politiker\_innen angesichts der Bootskatastrophe von Lampedusa am 3. Oktober 2013 mit mindestens 366 Toten weitgehende Veränderungen angemahnt haben. Beispielsweise der damalige EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso: „Die EU kann nicht akzeptieren, dass Tausende Menschen an ihren Grenzen sterben.“ Oder der deutsche Bundespräsident Joachim Gauck: „Wegzuschauen und sie hinein segeln zu lassen in einen vorhersehbarer Tod, das missachtet unsere europäischen Werte.“ Umso unbegreiflicher, ja menschenverachtender ist es, dass sich die Situation in den letzten 12 Monaten weiter zugespitzt hat:

Bereits im September meldete die Internationale Organisation für Migration (IOM), dass seit Jahresbeginn über 3.000 Menschen im Mittelmeer gestorben sind. Mehr Flüchtlinge und Migrant\_innen als jemals zuvor – die meisten von ihnen aus Ländern wie Syrien, Irak, Eritrea oder Somalia. Und es wären noch Hunderte, ja Tausende mehr gewesen, hätte sich die italienische Regierung nicht gezwungen gesehen, als Konsequenz aus Lampedusa die Marineoperation „Mare Nostrum“ (Unser Meer) ins Leben zu rufen. Denn indem Schiffe und Flugzeuge bis in die Nähe der libyschen Küste gezielt nach Flüchtlingsbooten in Seenot suchten, konnten seit November 2013 über 150.000 Menschen gerettet werden. Ebenfalls so viele wie noch nie seit Einführung der allgemeinen Visapflicht im Jahr 1993.

Die überragende Bedeutung dieser Rettungsmission ist in menschenrechtlicher Hinsicht kaum zu überschätzen, zumal nicht aus dem Blick geraten sollte, dass es letztlich die europaweiten Proteste waren, die zusammen mit dem ganz realen Druck durch die Bootsflüchtlinge Mare Nostrum überhaupt erst zur politischen Notwendigkeit gemacht haben. Gleichwohl hat die

italienische Regierung beschlossen, Mare Nostrum Ende 2014 auslaufen zu lassen – auch, weil die übrigen EU-Staaten nicht bereit waren, sich an den Kosten zu beteiligen. Als Nachfolger ist am 1. November „Triton“ in Kraft getreten – eine Maßnahme der europäischen Grenzschutzagentur Frontex. Und das, obwohl Triton in erster Linie die Grenzkontrollen verschärfen, nicht aber Mare Nostrum ersetzen soll, wie Frontex-Chef Gil Arias-Fernandez unmissverständlich betont hat: „Wir sind keine Agentur, die sich mit der Lebensrettung auf hoher See befasst“ – ein Umstand, der auch darin zum Ausdruck kommt, dass für Triton nur noch 36 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung stehen, anstatt 100 Millionen Euro wie für Mare Nostrum.

### → „Watch the Med“

Es passt insofern auch zeitlich, dass am 10. Oktober ein alternatives, rund um die Uhr besetztes Notruftelefon für Flüchtlinge in Seenot seine Arbeit aufgenommen hat – getragen von zahlreichen Netzwerken und Gruppen auf beiden Seiten des Mittelmeers, darunter auch Afrique-Europe-Interact. Hintergrund ist die vielfach dokumentierte Erfahrung, dass zwar Notrufe erfolgen, Rettungsmaßnahmen aber ausbleiben oder viel zu spät eingeleitet werden. Ziel des „Watch the Med Alarm Phone“ – so der offizielle Titel – ist also, Druck auf diejenigen auszuüben, die retten können, ganz gleich, ob Küstenwache, kommerzielle Schifffahrt oder Militär. Konkreter: Wenn Boatpeople anrufen – manchmal auch Freund\_innen oder Verwandte, die selber einen Notruf erhalten haben –, dann müssen in einem ersten Schritt die wichtigsten Fragen geklärt werden: Die Telefonnummer, die GPS-Daten, die Zahl der Leute, der Zustand des Bootes und vor allem die aktuelle Lage, einschließlich der Frage, welche Art von Hilfe

überhaupt gewünscht ist. Sind diese Informationen übermittelt, können die zuständigen Alarm Phone-Aktivist\_innen (wozu auch Leute mit eigenen Bootserfahrungen gehören) mittels ihrer eigenen Webseite [www.watchthemed.net](http://www.watchthemed.net) sowie anderer Internetangebote klären, wo sich das Boot genau befindet, welches Land für die Rettung zuständig ist, welche Schiffe in der Nähe des Bootes unterwegs sind etc. Wenn es sich um ein Satellitentelefon handelt, kann selbst auf hoher See zurückgerufen oder das Kreditguthaben aufgeladen werden. Kurzum: Das Alarmphone sammelt so viele Informationen wie möglich und konfrontiert damit die jeweils zuständigen Küstenwachen – notfalls auch unter Einschaltung von Journalist\_innen oder anderen zivilgesellschaftlichen oder staatlichen Akteuren.

Und doch: So unumgänglich derartige Initiativen sind, sie stellen keine Alternative zur eigentlichen Notwendigkeit dar, das heißt zur Öffnung der Fluchtwege und somit zur Möglichkeit, auf einer der ständig über das Mittelmeer pendelnden Passagierfähren sicher, kostengünstig und ohne erpresserischen Druck nach Europa zu gelangen.

### → Fluchtursachen thematisieren

Schließlich: Wenn Afrique-Europe-Interact die politische Heuchelei Europas in den Blick nimmt, ist das nicht nur auf das knallharte Migrationsregime innerhalb der EU und an den Außengrenzen gemünzt. Vielmehr geht es auch um das, was im offiziellen Diskurs unter dem Schlagwort „Fluchtursachen bekämpfen“ firmiert. Denn die EU präsentiert sich gerne als Feuerwehr, wo sie doch selbst allzu

häufig als Brandstifterin agiert – gerade in zahlreichen Ländern Afrikas. Jüngstes Beispiel: Als Anfang Dezember der Langzeitherrscher Blaise Compaoré in Burkina Faso durch eine breite Volksbewegung aus dem Amt gefegt wurde und mit Hilfe eines französischen Militärhubschraubers das Land verlassen hat, war hierzulande von offizieller Seite kaum etwas zu vernehmen: Kein Wort dazu, dass Blaise Compaoré 1987 durch einen von Frankreich unterstützten Mord an seinem Vorgänger Thomas Sankara an die Macht gelangt war,

**Auf Passagierfähren sicher, günstig und ohne erpresserischen Druck nach Europa gelangen**

einem der wichtigsten Hoffnungsträger des afrikanischen Kontinents im 20. Jahrhundert. Kein Wort dazu, dass Blaise Compaoré in den 1990er Jahren auf Seiten des inzwischen verurteilten Kriegsverbrechers Charles Taylor Liberia militärisch unterstützt und mit Blutdiamanten aus Sierra Leone gedealt hat. Kein Wort dazu, dass Blaise Compaoré das Land bis zum Schluss mit Korruption, Klientelismus und blanker Repression im eisernen Griff gehalten hat. Dieses Schweigen kann nicht verwundern. Denn bis zu seinem Sturz galt Blaise Compaoré als treuer Verbündeter westlicher, insbesondere französischer Interessen in Westafrika. Aber wie gesagt, Burkina Faso ist nur eines von vielen Beispielen. Wir berichten daher in dieser Zeitung auf den Seiten 2 und 3 ausführlich von unseren Aktivitäten in Mali und Togo, wo wir mit ähnlichen Interessegeflechten konfrontiert sind.

**Information:** Als Hintergrundlektüre sei ausdrücklich das Buch des AEI-Aktivistin Emmanuel Mbolela empfohlen: Mein Weg von Kongo nach Europa. Zwischen Widerstand, Flucht und Exil → Seite 4

# Ohne Versorgung

Gesundheitswesen in Togo –  
zwischen Spardiktat und Korruption

Im April 2014 ist eine aus malischen, exiltogoischen und europäischen AktivistInnen zusammengesetzte Delegation unseres Netzwerks nach Togo gefahren. Eines von mehreren Themen war der katastrophale Zustand des öffentlichen Gesundheitswesens – eingeklemmt zwischen neoliberaler Strukturanpassung und korruptem Staat. Nicht minder bestürzend ist die Begegnung mit einer Frau gewesen, die trotz ernsthafter Erkrankung 2004 aus Deutschland abgeschoben worden ist.

In Lomé war es vor allem der Medizinprofessor und Gesundheitsgewerkschafter Dr. David Dosseh, der uns eindrücklich erläutert hat, inwiefern der öffentliche Gesundheitssektor in Togo nicht in der Lage ist, den grundlegenden Bedürfnissen der Bevölkerung zu genügen. NotfallpatientInnen müssen tagelang warten, wenn sie nicht das Geld für die benötigten Produkte bei sich haben. Alles, von Handschuhen bis zu Spritzen und Sauerstoff, wird extra verschrieben. Für ganz Togo gibt es nur ein einziges Dialysezentrum, es fehlt zudem an spezialisiertem Personal und FachärztInnen: Nicht ein KrebsspezialistIn in Togo, keine AnästhesistInnen außerhalb der Hauptstadt, hohe Säuglingssterblichkeit aufgrund von fehlenden GeburtshelferInnen! All das müsste nicht sein, denn eigentlich gibt es viele gut ausgebildete togoische SpezialistInnen. Schlechte Bezahlung und belastende Arbeitsbedingungen mit mangelhafter Ausstattung drücken jedoch auf die Motivation der Beschäftigten, sodass viele dem Land den Rücken gekehrt haben und heute in Europa arbeiten.

Privatkliniken sind nur für eine privilegierte Minderheit erschwinglich. Denn Gesundheits- und Sozialversicherung existiert für die meisten TogoerInnen nicht, für Staatsbedienstete erst seit 3 Jahren. So gehen viele an verschleppten Krankheiten zu Grunde, manche verkaufen ihren kompletten Besitz für eine lebensrettende Behandlung.

Der Mangel ist in erster Linie eine Folge gravierender Unterfinanzierung: Trotz des 2001 gefassten Beschlusses der afrikanischen Regierungen, mindestens 15% ihres Staatshaushalts für Gesundheitsausgaben aufzuwenden, pendelt der Gesundheitsetat in Togo zwischen 3 und 6% - Ergebnis jahrelanger, von IWF und Weltbank rigide verfügbarer Kürzungspolitik. Hinzu kommt ein auf Korruption und skrupellose Selbstbereicherung ausgerichteter politischer System: 900 Milliarden Francs CFA (knapp 1,4 Milliarden Euro) aus dem togoischen Staatshaushalt versickern im Schnitt jährlich, die Verantwortlichen können sich dabei auf ein System der Straflosigkeit ver-

lassen. Doch die Zustände bleiben nicht unwidersprochen: So haben ÄrztInnen und Gesundheitspersonal – organisiert unter anderem in der Gewerkschaft SYNPHOT – 2011 mit einem Streik erfolgreich Erhöhungen von Nachtwachen- und Risikozulagen erkämpft.

Was das konkret bedeuten kann, hat uns in einem bewegenden Interview Koulou Kouloubia geschildert, die 1997 nach Deutschland gekommen und 2004 trotz massiver Proteste aus München abgeschoben worden ist: „Meine Hüfte war 1993 in zwei Teile zerbrochen. In München wurde ich daher im Klinikum Großhadern operiert. Nach der OP schickte man mich zu einer Ärztin zur Weiterbehandlung. Ich war einmal pro Monat bei ihr und bekam meine Rezepte. Die deutschen Behörden lehnten jedoch mein Asyl ab, bis zur Abschiebung war ich einen Monat im Gefängnis. In Togo habe ich versucht, wieder ein bisschen Handel auf dem Markt zu treiben, auch meine Schwester half mir. Doch das in Deutschland eingesetzte Metallverbindungsstück zur Stabilisierung meiner Hüfte ist 2013 zerbrochen, seitdem kann ich nichts mehr machen. Am Anfang konnte ich noch laufen, aber seit einem Jahr sitze ich zu Hause. Es ist sehr schwierig, mich auf Krücken fortzubewegen. Ich weiß nicht, wie viel Zeit mir noch zum Leben bleibt. Ich habe verschiedene Krankenhäuser in Afrika aufgesucht: Wir waren im Sylvanus Olympio-Krankenhaus in Lomé, allerdings war nicht das richtige Werkzeug verfügbar, um das zerbrochene Metallstück zu entfernen. Also reisten wir nach Ghana, wo der zuständige Arzt das benötigte Material von einem europäischen Freund besorgen konnte, aber die OP sollte uns 2 Millionen Francs CFA (gut 3.000 Euro) kosten. Mein Sohn verkaufte sein Motorrad und mit dem Mann meiner Tochter und meiner jüngeren Schwester bekamen wir das Geld zusammen. Ich wurde operiert, aber bis jetzt kann ich nicht wieder gehen. Für die Folgebehandlung hätte ich alle 3 Monate 150.000 CFA (230 Euro) zahlen müssen. Aber ich habe diese Summe nicht. Vor der Abschiebung hatte man mir offiziell versprochen, die notwendigen Medikamente zu schicken, aber ich habe nie etwas erhalten. Ich möchte mich daher in Europa erneut einer Operation unterziehen, die es mir ermöglicht, eines Tages wieder zu gehen.“

**Afrique-Europe-Interact unterstützt die Wiedereinreise von Koulou Kouloubia zwecks temporärer Behandlung, mehr Informationen zu der Solidaritätskampagne finden sich auf unserer Webseite.**



Mutter und Sohn eines nach seiner „freiwilligen“ Rückkehr aus Deutschland verstorbenen Flüchtlings. 2013 [Foto: Aylin Basaran]

## „Zeit, sich zu erheben“

Skype-Debatte zur aktuellen Situation in Togo

**Adjovi kommt ursprünglich aus Togo und ist heute im europäischen Flügel von Afrique-Europe-Interact aktiv. Per Skype hat sie sich mit Zak von der Assoziation der Abgeschobenen Togos (ATE) über die Massenproteste der letzten zwei Jahre in Togo ausgetauscht. Die ATE ist bereits seit 2011 Mitglied unseres Netzwerks.**

**Adjovi:** Wie schätzt du die aktuelle politische Lage in Togo ein? Gibt es Hoffnung auf einen Wandel in Togo?

**Zak:** Im Moment ist die Situation etwas unübersichtlich. Es gibt verschiedenste Meinungen, gleichzeitig hörte ich direkt nach den Ereignissen in Burkina Faso von vielen TogoerInnen, dass jetzt auch für uns die Zeit gekommen sei, sich zu erheben.

**Adjovi:** Als ich Togo vor 14 Jahren verlassen habe, gab es eine allgemeine Enttäuschung, vor allem gab es nicht die geringste Meinungsfreiheit. Und auch 2007 und 2014 musste ich bei Besuchen feststellen, dass noch immer ein gewisses Klima der Angst herrscht. Ich glaube, das kommt daher, dass die TogoerInnen immer die Armee im Hintergrund spüren, auf die sich die fast 50-jährige Diktatur der herrschenden Kreise um den früheren Präsidenten Eyadéma und seit 2005 um dessen Sohn Faure Gnassingbé stützt. Wenn die Opposition auf die Straße geht, kommt die Armee mit ihrem Tränengas und mit Schusswaffen, um sie auseinander zu treiben; sie war nie auf Seiten der Opposition.

**Zak:** Ich verstehe, was du meinst, aber der jetzige Präsident hat in diesem Punkt durchaus einige Zugeständnisse gemacht. Ich würde sagen, dass die Presse, die Medien und auch die Menschen auf der Straße die Regierung mittlerweile kritisieren können. Man merkt, dass es eine Veränderung gegeben hat, dass die Regierung offen kritisiert werden kann und dass es bei Protesten kaum Festnahmen gibt. Allerdings wurde eine neue Sondereinsatztruppe gebildet, die zur Bekämpfung von Unruhen im Zusammenhang mit den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen im nächsten Jahr eingesetzt werden soll.

**Adjovi:** Bei einer Delegationsreise von Afrique-Europe-Interact nach Togo im Frühjahr meinte eine unserer GesprächspartnerInnen, dass sich dieses Klima der Angst geändert habe, nachdem die Frauen

seit 2012 auf die Barrikaden gegangen sind, die Frauen in Rot, mit ihrem Sex-Streik und ihren Topfgeschlagen-Demonstrationen. Und warum sagen die Frauen heute, dass sie im Kampf in der ersten Reihe gehen? Weil die Militärs auf Frauen eher Rücksicht nehmen! Die Frauen werden mehr respektiert, sie sind die Mütter, die Ehefrauen, die Töchter. Demgegenüber sind die Repressalien seitens der Armee viel krasser, wenn die jungen Leute auf die Straße gehen. Gleichzeitig haben mir auch viele GesprächspartnerInnen gesagt, dass sie jede Gelegenheit ergreifen würden, Togo in Richtung Europa, USA oder dem Erdöl-Staat Gabun zu verlassen.

**Zak:** Es gibt bei der Jugend verschiedene Meinungen dazu. Es gibt die jungen Leute, die für ihr Land kämpfen wollen, für grundlegende Veränderungen. Dann gibt es die, die total desillusioniert sind, vor allem wegen ihrer finanziellen Situation, und die sich selbst als die „geopferte Generation“ bezeichnen. Und dann gibt es diejenigen, die sagen, nein, hier läuft gar nichts, keine Arbeit, kein Geld, keine Zukunft. Gerade diese gut ausgebildeten und qualifizierten jungen Leute wollen unbedingt weg, weil sie die Hoffnung haben, mit ihrer Qualifikation in der Emigration Arbeit zu finden.

**Adjovi:** Ich würde gerne noch das Problem der Lohnauszahlungen ansprechen, wozu es oft gewerkschaftlich organisierte Streiks gab. Wie hat sich das entwickelt?

**Zak:** Ich denke, da haben wir einen Erfolg erzielt. Aus meiner Sicht als Lehrer können Staatsangestellte nicht mehr sagen, dass sie nicht regelmäßig bezahlt werden. Schon am 28. des Monats haben wir unseren Lohn auf dem Konto. Was die Staatsangestellten mittels ihrer Gewerkschaften heute fordern, betrifft die Zulagen. In den verschiedenen staatlichen Dienstleistungsbereichen sind diese sehr unterschiedlich geregelt. Deswegen haben die LehrerInnen zu Beginn des letzten Schuljahres ihre Zulagen mit Streikdrohungen eingefordert. Das hat die Regierung dazu gebracht, sich zu bewegen. Sie hat veranlasst, dass in

ganz Togo die LehrerInnen gesichert ihre Zulagen bekommen. Hier hat es wirklich Fortschritte gegeben.

**Adjovi:** Als ich Togo zuletzt besucht habe, ist mir aufgefallen, dass in Lomé viele neue Straßen gebaut werden, nicht nur die Küstenstraße zum Hafen bis Aného. Das heißt, Faure hat etwas für das Allgemeinwohl unternommen. Auf der anderen Seite deutet das auch darauf hin, dass er Angst vor einem ähnlichen Schicksal seines Regimes wie in Burkina Faso hat, wo die Regierung auch nichts zur Verbesserung der allgemeinen Lebensverhältnisse unternommen hat. Gewissermaßen erinnert mich die aktuelle Situation an das Sprichwort: „Wenn das Dach deines Nachbarn in Flammen steht, können die Funken auf dein Dach herüber wehen“. Vielleicht werden die Funken ja herüber wehen und zusammen mit den Fortschritten, die in Togo bereits erfolgt sind, die Angst endgültig vertreiben.

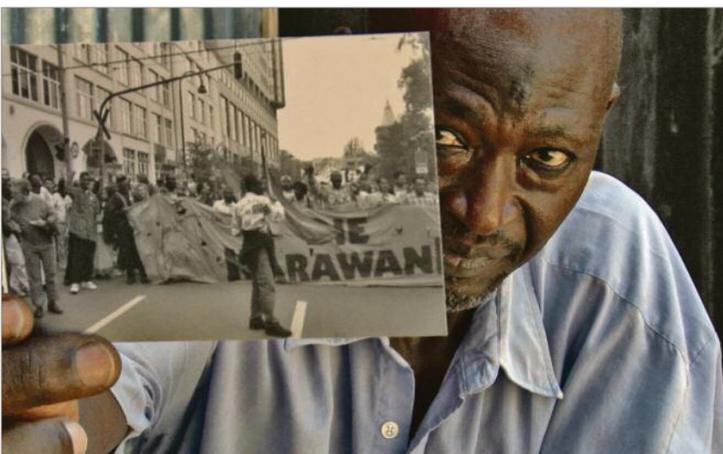
**Das Klima der Angst hat sich geändert, nachdem die Frauen auf die Barrikaden gegangen sind**

**Zak:** Der Präsident taumelt von links nach rechts, denn er wird von den „Baronen“ dirigiert. Das ist die Herrschaftsclique um die Familie Eyadéma, hohe Militärs, Parteifunktionäre. Ich

erinnere mich an eine Reise des Präsidenten nach Ghana, wo er nach einem Regimewechsel gefragt wurde. Er hat geantwortet, dass er sich bereits in der zweiten Mandatszeit befindet, und dass er weiß, dass eines Tages ein Anderer Präsident werden wird. Die Öffentlichkeit hat diese Aussage ganz genau registriert. Trotzdem will er den Verfassungsparagraphen nicht ändern, der mehr als zwei Amtszeiten ermöglicht – so wie das aber von allen gefordert wird. Dies zeigt, wie die „Barone“ Druck auf ihn ausüben, damit er die Macht nicht aufgibt. Aber Faure weiß auch: wenn etwas in deiner Nachbarschaft passiert, dann musst du davon lernen, damit dir nicht dasselbe passiert – da gebe ich dir völlig recht.

→ **Filmtip**  
Die Wiener Dokumentarfilmer\_innen Aylin Basaran und Hans-Georg Eberl haben im Juni 2013 u.a. mit Mitgliedern der Assoziation der Abgeschobenen Togos den Film Da.Sein gedreht. Infos hierzu auf unserer Webseite. Kontakt: da.sein-film@gmx.at

Die Zerstörung des öffentlichen Gesundheitswesens in Afrika durch Spardiktate von IWF und Weltbank hat bereits Tausende Tote gefordert.



Ein aus Mecklenburg-Vorpommern abgeschobener Flüchtling zeigt das Bild einer Demo, an der er selber in Deutschland teilgenommen hat, 2013 [Foto: Aylin Basaran]

# Staat mischt mit

## Entwicklungsbank DEG fördert Landraub

Für den Landraub in Sanamadougou und Sahou (vgl. nebenstehenden Artikel) ist das Unternehmen Moulin Moderne du Mali (M3) des malischen Großunternehmers Modibo Keita verantwortlich. Doch Akteure wie Modibo Keita könnten ihre Agrobusiness-Geschäfte überhaupt nicht umsetzen, wenn sie nicht sowohl von privaten Geschäftsbanken als auch von staatlichen Entwicklungsbanken reichlich mit Krediten versorgt würden – darunter auch die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft DEG in Köln.

Die DEG ist eine hundertprozentige Tochter der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), die sich zu 100 Prozent in öffentlicher Hand befindet. Nur wenige kennen hierzulande diese bereits 1962 gegründete Institution, doch ihr Geschäftsvolumen ist enorm: Ihr Portfolio beläuft sich aktuell auf 6,8 Milliarden Euro, allein im Jahr 2013 wurden Kredite im Wert von knapp 1,5 Milliarden Euro vergeben. Die DEG ist gemeinnützig, ihr offizieller Auftrag lautet, private Unternehmen in so genannten Entwicklungs- und Schwellenländern zu fördern. Die Bundesregierung ist mit vier Mitgliedern im Aufsichtsrat vertreten, Vorsitzender des Aufsichtsrats ist derzeit Hans-Joachim Fuchtel, Parlamentarischer Staatssekretär im Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Laut BMZ bewegt sich die Arbeit der DEG im Rahmen der entwicklungs- und menschenrechtlichen Grundsätze der Bundesregierung – doch genau hieran sind erhebliche Zweifel angebracht.

So hat die schweizerische Bioethanol-Firma Addax Bioenergy mit Hilfe eines DEG-Kredits in Sierra Leone 57.000 Hektar Land gepachtet. Über die katastrophalen Konsequenzen für die lokale Bevölkerung berichtet die NGO „Brot für alle“ der Evangelischen Kirchen der Schweiz in einem auf unserer Webseite verlinkten 3sat-Beitrag. Doch die Bundesregierung will davon nichts wissen, stattdessen wird ausgerechnet dieser Skandalfall in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linken im Bundestag als Paradebeispiel gelungener Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung gelobt.

Was die beiden von Afrique-Europe-Interact unterstützten Dörfer Sanamadougou und Sahou betrifft, ist die DEG über die malische Agrarbank Banque Nationale de Développement Agricole (BNDA) betei-

ligt, die laut Auskunft der Bundesregierung in jüngerer Zeit zwei Kreditlinien an den Unternehmer Modibo Keita vergeben hat. Denn die DEG hält 21,43 Prozent der Anteile an der BNDA, entsprechend ist sie mit einer Person in deren 6-köpfigen Aufsichtsrat vertreten. Besonders pikant: Die Beteiligung an der malischen Agrarbank ist 1992 mit Hilfe von Haushaltsmitteln der Bundesregierung um rund 66 Prozent aufgestockt worden, weshalb sich die DEG in diesem Fall nicht auf das Bankgeheimnis berufen und nähere Auskünfte verweigern kann, sondern zur umfassenden Transparenz gemäß der gesetzlichen Regeln bei der Verwendung öffentlicher Mittel verpflichtet ist.

Die DEG ist indessen nicht die einzige finanzielle Verbindung zu Modibo Keita. Vielmehr hat die Afrikanische Entwicklungsbank (BAD) Ende September bekannt gegeben, dass sie Modibo Keita einen riesigen Kredit von 16,8 Millionen Euro gewähren möchte. Wann das Projekt starten soll, ist unklar. Fakt ist allerdings, dass Deutschland 1981 mit über 424 Millionen D-Mark in die BAD eingestiegen ist, was immerhin 4,1 Prozent der Kapitalanteile ausmacht.

Vor diesem Hintergrund fordert Afrique-Europe-Interact von der Politik zweierlei: Zum einen möge die Bundesregierung überall dort den notwendigen Druck entfalten, wo es direkte oder indirekte Geschäftskontakte mit Unternehmen gibt, die in Landgrabbing verwickelt sind – und gleiches gilt natürlich auch für die DEG. Zum anderen ist die Förderung agrarindustrieller Großunternehmen grundsätzlich auf den Prüfstand zu stellen, gerade in ökonomisch schwachen Regionen wie Westafrika. Denn es ist hochgradig paradox, dass die deutsche Entwicklungszusammenarbeit zwar sinnvolle Bewässerungsprojekte für Kleinbauern und -bäuerinnen in einem Land wie Mali unterstützt (im Übrigen auch in der Region von Sanamadougou und Sahou), gleichzeitig aber durch Kredite an das Agrobusiness der buchstäblichen Zerschlagung kleinbäuerlicher Existenzgrundlagen massiv Vorschub leistet.

**Afrique-Europe-Interact bittet dringend um Unterstützung: Auf unserer Webseite stehen Protestbriefe an die malische Botschaft und das BMZ zum Download & Losschicken bereit.**

**D**er transnationale Widerstand zeigt erste Wirkung. Protestbriefe an die malische Botschaft und das BMZ sind dringend erwünscht. Spenden ebenfalls!

## Zeuginnaussagen zu Polizeigewalt

**In einem Report der Menschenrechtsorganisation FIAN berichten zwei BewohnerInnen aus Sanamadougou von massiver Polizeigewalt am 18. Juni 2010.**

**Zeuginnaussage I:** „Als wir rausgegangen sind, um unsere Felder zu verteidigen, haben uns die Polizisten gefragt, was wir wollten. Wir haben geantwortet, dass das unsere Felder (...) seien. Wir sagten auch, wir wollten keinen Kampf, wir flehten sie eher an, uns unsere Felder nicht wegzunehmen. Plötzlich sind die Polizisten auf uns zugestürzt. Einer hat mich mit dem Gewehrkolben geschlagen. Mein Schulter tut noch immer von diesen Schlägen weh. Ich bin gestürzt und als ich aufstehen wollte, haben sie Tränengas-Granaten geworfen. Durch den Rauch des Tränengases wurde mein linkes Auge schwer verletzt und ich sehe seit damals nicht mehr gut damit. Dann haben uns die Polizisten in

einen Jeep geworfen. Wir waren 14 Frauen und wurden für vier Tage (...) inhaftiert.“

**Zeuginnaussage II:** „Die Beschäftigten des Unternehmens sind mit Baggern auf unsere Felder gekommen. (...) Im selben Moment sind die Polizisten aufgetaucht und auf uns losgegangen. Die Polizisten hatten den Befehl, alle zu schlagen, sie riefen: „Ob Männer oder Frauen, schlagt sie!“ Wir sind nicht geflohen. Wenn du deinen Henker kennst, musst du dich ihm entgegenstellen. So haben sie also angefangen, auf uns mit Schlagstöcken einzudreschen und uns mit ihren Stiefeln zu treten. Ich bin von den Gendarmen so brutal geschlagen worden, dass ich – im fünften Monat schwanger – eine Fehlgeburt erlitten habe. Seitdem kommt es auch vor, dass mir Blut aus dem Ohr läuft. Ich konnte mich deswegen nie behandeln lassen, aber ich fürchte, es ist etwas schlimmes.“



Djodjo Samaté aus Sanamadougou ist bei einem Polizeieinsatz im Juni 2010 schwer verletzt worden, 2011 [Foto: Philippe Revelli]

# Zwei Dörfer stehen auf

## Transnationale Proteste gegen Landraub in Mali

Bereits vor drei Jahren hat Afrique-Europe-Interact begonnen, Kontakte zu Bauern und Bäuerinnen im Office du Niger aufzubauen – einer 270 Kilometer nord-östlich der malischen Hauptstadt Bamako gelegenen Region, in der schon lange unterschiedliche Formen von Landraub stattfinden. Vorläufiges Ergebnis dieses insbesondere von der malischen Sektion unseres Netzwerks getragenen Annäherungsprozesses war zum einen die Gründung der Basisgewerkschaft COPON (Kollektiv der Bauern im Office du Niger). Zum anderen die Unterstützung des Widerstands der beiden Dörfer Sanamadougou und Sahou gegen den Verlust sämtlicher ihrer landwirtschaftlichen Nutzflächen – inklusive Solidaritätsaktionen in Europa.

Ihren Anfang genommen hat die Auseinandersetzung in Sanamadougou und Sahou spätestens am 31. Mai 2010. Damals hat der malische Großinvestor Modibo Keita mit seiner Firma Société Moulins Modernes du Mali einen über 30 Jahre laufenden Pachtvertrag von 7.400 Hektar in der Region M'Bewani Séribabougou abgeschlossen – und zwar mit der Option, in einer zweiten Phase weitere 20.000 Hektar zu erhalten. Doch die örtlichen Rahmenbedingungen behagten Modibo Keita nicht, ihm fehlte der direkte Zugang zu einem Bewässerungskanal. Er unterbreitete daher verschiedenen 30 Kilometer weiter südlich gelegenen Dörfern das Angebot, ihr Land gegen winzige Geldbeträge, Geschenke oder Ersatzflächen abzugeben. Alle lehnten ab, lediglich ein Dorf tauschte 800 Hektar gegen eine kleine Fläche bewässertes Ackerland. Modibo Keita nutzte dies, um sich von dort aus weitere Flächen illegal anzueignen, so auch die von Sanamadougou und Sahou bereits seit vorkolonialer Zeit genutzten landwirtschaftlichen Flächen. Folge ist, dass die BewohnerInnen zunehmend von Hunger betroffen sind und immer mehr Menschen abwandern müssen – allein aus Sanamadougou 23 Haushalte zwischen Mai und August 2014.

Die BewohnerInnen haben in den vergangenen 5 Jahren in zahlreichen Briefen, Petitionen und öffentlichkeitswirksamen Aktionen auf die drohenden Konsequenzen hingewiesen – allerdings ohne Erfolg. Sie haben zudem mit Hilfe von CMAT – eines von mehreren Organisationen getragenen Bündnisses gegen Landgrabbing – ein Gerichtsverfahren in der Stadt Markala angestrengt, das zwar am 22. Februar 2012 eröffnet, bis heute aber seitens des Gerichts nicht weiter vorangetrieben wurde.

Demgegenüber ist es immer wieder zu gewaltsamen Vorgehensweisen durch staatliche Sicherheitsorgane gekommen, erstmalig am 18. Juni 2010, als Modibo Keita ohne Vorankündigung zahlreiche für die Agroförstwirtschaft unentbehrliche

Bäume fallen ließ. Über 40 Bauern und Bäuerinnen wurde festgenommen, weitere erlitten zum Teil schwere Verletzungen (vgl. die Zeuginnaussagen in nebenstehendem Kasten). Auch danach haben sich brutale Übergriffe insbesondere durch Angehörige der Gendarmerie ereignet – einschließlich gezielter Vergewaltigungen.

Im April 2014 schien Bewegung in die verfahren Situation zu kommen, als das Amt des Premierministers die Einsetzung einer Untersuchungskommission beschloss. Umso enttäuschender war, dass sich der Abschlussbericht im Wesentlichen die Perspektive von Modibo Keita bzw. der offiziellen Stellen zu eigen gemacht hat. Konkret wird zwar eingeräumt, dass die Behörden des Office du Niger im Vorfeld nicht auf eine hinreichende Informa-

tion der BewohnerInnen der beiden Dörfer geachtet hätten. Zudem wird in den Schlussfolgerungen die Auszahlung von bislang noch nicht erfolgten Entschädigungen verlangt. Gleichzeitig heißt es aber auch, dass die Zuteilung des Landes im Rahmen des Pachtvertrags einwandfrei erfolgt sei, dass bereits umfassende Entschädigungen realisiert worden seien und dass sich überdies zahlreiche BewohnerInnen zugunsten des Projekts ausgesprochen hätten. Dem haben die Dorfchefs von Sanamadougou und Sahou in einem Brief vom 21. Juli 2014 vehement widersprochen: Sie weisen darauf hin, dass bislang keinerlei Entschädigungen erfolgt seien – abgesehen davon, dass sie der Wegnahme ihres Landes auch nicht zustimmen könnten. Darüber hinaus seien 90 Prozent der BewohnerInnen gegen das Projekt eingestellt, daher würde der Investor zu offiziellen Terminen stets BewohnerInnen des Nachbardorfes Diado mobilisieren, die sich als BewohnerInnen von Sanamadougou und Sahou ausgeben und das Projekt in den höchsten Tönen loben würden.

Deutschland aktiv geworden ist; und viertens, dass wir im August auf Anfrage spontan und ohne bürokratisches Brimborium 10 Tonnen Hirse zur Abfederung der ärgsten Hungerspitzen gespendet haben.

Erfreulich ist zudem, dass als Ergebnis dieser transnationalen Bemühungen die Dinge in Mali wieder in Bewegung gekommen sind. So hat sich der malische Premierminister Moussa Marra am 16. September in Bamako zu einem einstündigen Gespräch mit Vertretern der beiden Dörfer getroffen, zudem sind sämtliche Arbeiten auf den von Modibo Keita besetzten Feldern rund um Sanamadougou und Sahou eingestellt worden. Zur Aufrechterhaltung des politischen Drucks haben wir daher Ende November in Berlin vor dem Bundeskanzleramt und dem Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung protestiert (vgl. nebenstehenden Artikel), während in Sanamadougou eine zweitägige Aktionskonferenz mit Gästen aus benachbarten Dörfern sowie AktivistInnen aus dem gesamten Office du Niger und Bamako stattgefunden hat – unter Beteiligung zahlreicher JournalistInnen.

Kurzum: Das von unserem Netzwerk propagierte Credo der transnationalen Kooperation ist keine Leerformel! Es ist möglich, über große geographische, soziale und kulturelle Distanzen hinweg Bündnisse aufzubauen. Gleichwohl darf die allenthalben spürbare, vor allem in der massiven Armut begründete Fragilität dieses Prozesses nicht ausgeblendet werden. Unterstützung und Spenden sind insofern ausdrücklich willkommen!

## Bündnis trotz sozialer, geographischer und kultureller Distanzen

Die Vorgänge in Sanamadougou und Sahou haben weit über Mali hinaus Bekanntheit erlangt: Konkret wird der Fall in einem Bericht des renommierten Oakland-Instituts aus den USA untersucht, zudem hat sich die Menschenrechtsorganisation FIAN am 19. Dezember 2013 in einem offenen Brief an den Präsidenten Ibrahim Boubacar Keita gewandt. Schließlich sind zahlreiche JournalistInnen und VertreterInnen der malischen und internationalen Zivilgesellschaft in den beiden Dörfern gewesen.

Spätestens vor diesem Hintergrund dürfte verständlich werden, weshalb Afrique-Europe-Interact seitens der Bewohne-

## Aufbrüche in Tunesien

Nach der Revolution im Januar 2011 sind über 50.000 Leute mit dem Boot raus aus Tunesien. Als Afrique-Europe-Interact wollten wir bei einer ersten Delegationsreise im Mai 2011 klären, mit wem wir zusammenarbeiten können. Da wurde mir klar: Die Grenze, das Sterben auf dem Meer, die Kriminalisierung der jungen Leute, die weg sind und nicht zurück können, sind für fast jede Familie wichtige Themen. Aber während der Diktatur war es nicht möglich, politisch aktiv zu sein, und daher gab es auch keine Menschen, die für Bewegungsfreiheit kämpften. Es begann ein längerer Prozess, der dreieinhalb Jahre gedauert hat. Es war schwierig, Aktionen zum Thema Bewegungsfreiheit in einer Gesellschaft zu machen, die sich mehr damit beschäftigt, wer an die Macht kommt, mit Parteien und dem Thema Salafismus. Nach der Revolution sind viele der jungen Leute, die ein Boot genommen haben, verschwunden. Wir sind dann mit Vereinigungen der Familien der Vermissten in Kontakt gekommen, wie La terre pour tous, und den Müttern der Vermissten, die immer wieder auf die Straße gehen und transnational vernetzt sind mit Müttern aus West- und Nordafrika und sogar Mexiko. Heute ist ein neues Netzwerk im Entstehen, an dem außer den Angehörigen auch Harragas, viele Künstler und einige von Afrique-Europe-Interact beteiligt sind. Mit diesem Netzwerk ist es nun möglich, die

## Grenze auch grundsätzlich in Frage zu stellen,

und dafür hat sich der lange Vorlauf bereits jetzt gelohnt. Rund um den 18. Dezember planen wir nun gemeinsam Aktionen zu Bewegungsfreiheit und der Entwicklung Tunesiens. Wir fordern Aufklärung über das Schicksal der Vermissten. Auch aktuell gibt es regelmäßig Versuche, mit dem Boot nach Europa zu kommen. Wenn die Polizei die Leute erwischt, kommen sie in der Regel für ein Jahr in den Knast, auch dagegen kämpfen wir. Ich glaube, niemand und nichts kann diese jungen Leute stoppen. Es ist die Perspektivlosigkeit, die sie antreibt. Eine Reise nach Berlin zum Beispiel, um mal was anderes zu sehen, was anderes zu spüren oder sich besser kennenzulernen, ist nicht möglich. Manche gehen auch deshalb nach Libyen oder Syrien, um zu kämpfen. Migration, die Grenze und Salafismus haben sehr viel miteinander zu tun. Das habe ich in Tunesien immer wieder gespürt.

**Riadh Ben Ammar** kommt ursprünglich aus Tunesien. Er ist Aktivist und Schauspieler. Wer Interesse an einer Aufführung seines Theaterstücks „Hurria! Theater zu Revolution und Bewegungsfreiheit“ hat, möge sich direkt an ihn wenden: hurria@mail36.net

## Versammlung in Rom

Im November hat die CISPM, die internationale Koordination der Papierlosen und MigrantInnen, ein großes Treffen in Rom organisiert, an dem ich mit einer Delegation aus Deutschland teilgenommen habe. Es kamen 350 bis 400 AktivistInnen aus 9 europäischen Ländern und Tunesien – die meisten von ihnen MigrantInnen, das war phänomenal! Es gab lange Diskussionen zu Arbeit und zu sozialen Rechten, wir selbst waren im Workshop zu Bewegungsfreiheit. Dort haben wir uns über die Situation der MigrantInnen in den verschiedenen Ländern ausgetauscht. Als wir über die Situation in Deutschland sprachen, waren viele über repressive Regelungen wie die Residenzpflicht oder die Duldung erstaunt, das hatten sie noch nie gehört. Wir haben auch sehr viel über Marokko geredet, weil die Leute aus meiner Gruppe dort gelebt haben und noch immer viele MigrantInnen dort kennen. Ein wichtiges Thema war außerdem der 6. Februar 2014, als spanische Polizisten mindestens 15 Migranten bei dem Versuch erschossen haben, über die Grenze nach Ceuta zu schwimmen.

## Um diese Gewalttat und alle aktuellen Toten

im Mittelmeer anzuprangern, haben wir als CISPM entschieden, in Berlin am 6. Februar 2015 eine große Gedenkdemo durchzuführen! Wir haben in Rom auch zusammen mit den Studierenden eine Demo mit 10.000 Leuten gemacht. Wirklich, so ein riesiges Event hab ich noch nie erlebt! In meiner Heimat Kamerun hatte ich mit Politik nichts zu tun, denn meine Mutter meinte immer: Da, wo du etwas von Politik hörst, musst du schnell weggehen, sonst wird man dich töten. Diese intensive Erfahrung der Redefreiheit in Rom hat mich sehr bestärkt, mit der Sensibilisierung der Flüchtlinge in den Lagern bei Berlin weiterzumachen. Viele sind so traumatisiert, vor allem haben sie keine Ahnung, was Redefreiheit bedeutet. Durch Treffen versuchen wir, alle aus den Lagern rauszuholen, auch Frauen, die ihre Rechte oft noch weniger kennen. Denn auch Frauen können kämpfen, was mir besonders wichtig ist. Denn in Rom waren wir nur 4 bis 5 Frauen und ich die einzige aus Deutschland! Jedenfalls bin ich sehr stolz auf die Arbeit meiner Mitstreiter von voix des migrants und droit de migrants! Durch sie konnte ich den Aktivismus kennenlernen, wirklich, so können wir unseren Kampf gewinnen.

**Myriam** ist Aktivistin und Fußballerin. Aktivitäten zur Situation von MigrantInnen und Flüchtlingen in Marokko gehören zu einem unserer Schwerpunkte. Aktuelle Informationen finden sich auch auf den facebook-Accounts voix des migrants und droits de migrants.



Die Bilder sind am 21.08. und am 24.11.2014 anlässlich von Solidaritätsaktionen für die von Landgrabbing betroffenen Bauern in Sanamadougou und Sahou entstanden → Seite 3 [Fotos: Jasmin Alt]

## Die Zeit vor dem Aufstand

2008 war ich in Ouagadougou im letzten Jahr des Gymnasiums. Anlässlich einer Versammlung gegen die hohen Lebenshaltungskosten bin ich als Schülersprecher zur Uni gegangen. Nach dieser Aktion sind viele Studierende verhaftet worden, und da

## haben wir in der Schule einen Streik organisiert.

Als dann 2011 die großen Demonstrationen gegen die Ermordung des Schülers Justin Zongo und des Journalisten Norbert Zongo stattgefunden haben, bin ich als Mitglied der ANEB, einer Studierendenvereinigung, wieder an die alte Schule gegangen und habe dort mobilisiert. Auf der Demo selbst ist dann scharf geschossen worden, es gab einen Toten. Danach sind die Verhaftungen losgegangen, und ich habe mich in einem Dorf versteckt. In der gleichen Zeit hat auch das Militär einen Aufstand gemacht, es gab viel Chaos, Plünderungen, Schüsse. Blaise Compaoré hat die unübersichtliche Situation genutzt, um sich zu rächen. Drei Bekannte von mir sind auf der Straße erschossen worden, angeblich durch Querschläger, aber ich bin mir sicher, dass es gezielte Morde waren. Für die Plünderungen sind die Studierenden angeklagt worden. In dieser Situation hat mir ein Aktivist geholfen, der internationale Kontakte hatte: Er hat Einladungen für ein Seminar in Belgien besorgt, mich zum Flughafen begleitet und mich dort geschützt. In Belgien habe ich dann einen Asylantrag gestellt, mit einem Papier, was bewies, dass eine Fahndung nach mir lief. Bei der Befragung ist dieses Papier spurlos verschwunden, sie haben mir Fragen über den Niger gestellt, weil mein Familienname auch dort geläufig ist, und haben dann behauptet, ich wäre aus dem Niger und haben das Asyl abgelehnt. Die jüngere Entwicklung in Burkina Faso habe ich genau mitverfolgt und schon damit gerechnet, dass es dieses Jahr wieder losgeht, aber als ich dann mit den Leuten dort telefonierte, habe ich mich sehr schlecht gefühlt. Es war kurz vor einem Bürgerkrieg, die vielen Toten. Aber ich war auch sehr stolz auf die Leute, weil es noch nie so große Mobilisierungen gegeben hat. Als Blaise dann gehen musste, war ich sehr, sehr zufrieden. Das ist allerdings nur der erste Schritt in Richtung Veränderung, das alte System ist noch da.

**Manli Ousmane Armel** ist seit kurzem bei Afrique-Europe-Interact aktiv. Auf unserer Webseite sind verschiedene Artikel zu Burkina Faso dokumentiert, nicht zuletzt zu Thomas Sankara. Denn vieles spricht dafür, dass nicht nur Burkina Faso, sondern Westafrika insgesamt an einem anderen Punkt stünden, wäre Sankara nicht 1987 von Blaise Compaoré mit französischer Unterstützung ermordet worden.

## Vorbild Burkina Faso

Für all die, die bislang geglaubt hatten, dass sich grundlegender Wandel nur als Blutbad vollziehen könne, scheint Burkina Faso ein gutes Gegenbeispiel zu sein. Denn die Erfordernisse für die Beseitigung eines Regimes sind schlicht: die Bereitschaft zur Standhaftigkeit, der Wille, bis zum Schluss 'Nein' zu sagen und eine radikale Entscheidung: Die Freiheit oder der Tod. Die Liebe zur Heimat ist ebenfalls ein wichtiger Schatz – und eine Energiequelle, die uns befähigt, Großes zu erreichen. Wenn sich Blaise Compaoré nach 27 Jahren Herrschaft gerade mal einer Woche der Proteste erwehren konnte, wie lange würde sich dann Paul Biya im Amt halten können, der bereits seit 32 Jahren in Kamerun regiert? Die Ereignisse in Burkina Faso sind

## eine Lehre für die kamerunische Bevölkerung,

die nur noch dahinvegetiert, seit Jahren im Koma gefangen, am Leben erhalten einzig durch die eingeträufelten Versprechen – Illusionen des Friedens, des Glücks und des Wohlergehens. Die Menschen in Kamerun sind der Lügen und der leeren Hoffnungen überdrüssig, ermattet davon, nur noch den Tod des alten Mannes Paul Biya abzuwarten, der auf zahlreichen Auslandsreisen mehr denn je mit seiner Gesundheit beschäftigt ist, während die in Agonie erstarbte Bevölkerung seit Jahrzehnten dahinsiecht. Die KamerunerInnen können selbst die Entscheidung treffen. Denn heute kommt es auf die an, die genug haben, niemand ist unersetzbar, ein einzelner Mensch kann nicht stärker sein als ein ganzes Volk. Ein Regime, das seit über 30 Jahren an der Macht ist, kann nicht eine Bevölkerung in Schach halten, die nach Veränderung dürstet. Wir fragen uns, wie lange sich Präsident Paul Biya noch an der Macht halten kann, in diesem verhexten Palast, wann also der Todesengel kommt, um eine Diktatur zu beenden, die das Herz der Bevölkerung bis aufs Blut aussaugt, ein Herz das vom Groll genährt ist – durch all die tausend Ungerechtigkeiten, die Demütigungen, die falschen Versprechen, die schlechte Verwaltung, die Korruption, die Folter, die Morde, das heißt durch all das, was die KamerunerInnen stillschweigend ertragen. Das Signal aus Burkina Faso ist stark, und ich weiß, dass es Paul Biya innerlich erzittern lässt, den Paten eines monotonen Regimes. Es bleibt die Frage: wohin steuert die kamerunische Bevölkerung?

**Péguy Takou Ndie** ist Schriftsteller, er lebt in einem Flüchtlingslager in Brandenburg. Paul Biya ist erst der zweite Präsident seit der Unabhängigkeit Kameruns 1960. Siehe hierzu auch den Film-Tip unten: „139...Les derniers prédateurs“.

### ÜBER DAS NETZWERK

Afrique-Europe-Interact (AEI) ist ein kleines, transnational organisiertes Netzwerk, das Ende 2009 gegründet wurde. Beteiligt sind BasisaktivistInnen u.a. in Mali, Burkina Faso, Togo, Tunesien, Marokko, Deutschland, Österreich und den Niederlanden – unter ihnen zahlreiche selbstorganisierte Flüchtlinge, MigrantInnen und Abgeschobene. AEI kritisiert die repressive EU-Migrationspolitik, gleichzeitig sollen die strukturellen Hintergründe von Flucht und Migration und somit die Forderung nach gerechter bzw. selbstbestimmter Entwicklung ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt werden – AEI kooperiert deshalb auch mit bäuerlichen Communities in Mali. Grundsätzlich ist AEI gleichermaßen in Afrika und Europa aktiv.

WWW.AFRIQUE-EUROPE-INTERACT.NET

TWITTER: @AE\_INTERACT

FACEBOOK: AFRIQUE EUROPE INTERACT

E-MAIL: nolagerbremen@yahoo.de  
Mali: expulsesmalienbasta@yahoo.fr

TELEFON: +49 (0) 15 78 / 4 85 29 21

### BUCH-TIP

Im Mai 2014 ist das Buch des AEI-Aktiven Emmanuel Mbolela erschienen: **Mein Weg vom Kongo nach Europa. Zwischen Widerstand, Flucht und Exil**, 196 Seiten, 14,90 Euro (mit einem Vorwort von Jean Ziegler). Das Buch handelt von Mbolelas politischer Arbeit im Kongo, von seiner 'Reise' durch die Sahara sowie dem langen Prozess des Ankommens in Europa. **SpenderInnen erhalten das Buch auf Wunsch umsonst.**

### FILM-TIP

Der aus Kamerun stammende Filmemacher und AEI-Aktivist **Richard Foufoué Djimeli** hat im März 2013 den Spielfilm "139...Les derniers prédateurs" herausgebracht, in dem er sich satirisch mit den verschiedenen Langzeitherrschern Afrikas auseinandersetzt. Kurz danach wurde Djimeli von Sicherheitskräften entführt und inhaftiert, er musste nach Deutschland fliehen. Der Film ist mit englischen Untertiteln verfügbar. Kontakt über nolagerbremen@yahoo.de.

### EBOLA-DEKLARATION

Auf der Grundlage einer gemeinsamen Debatte innerhalb von Afrique-Europe-Interact haben der Filmemacher Richard Djimeli F. und der Schriftsteller Rodrigue Péguy Takou Ndie im Namen unseres Netzwerks eine Deklaration verfasst, die sich mit den **rassistischen und (neo-)kolonialen Aspekten der Ebola-Krise** beschäftigt. Die Deklaration ist auf deutsch, englisch und französisch auf unserer Webseite abrufbar.

### IMPRESSUM

Hrsg. Afrique-Europe-Interact // Bilder Jasmin Alt, Aylin Basaran, Philippe Revelli, visual.rebellion // Bestellung Wir schicken auf Anfrage gern Exemplare dieser Zeitung zu // Gestaltung Laura Maikowski, www.bildargumente.de // V.i.S.d.P. Olaf Bernau, St. Pauli-Straße 10-12, 28 201 Bremen // Finanzielle Förderung: Stiftung nord-süd-brücken, mit Unterstützung der Stiftung Umverteilen!

### SPENDEN & SOLIDARITÄT

Afrique-Europe-Interact ist für seine alltägliche (ausschließlich ehrenamtliche) Arbeit auf regelmäßige Spenden angewiesen – ob als monatlicher Dauerauftrag oder einmalige Unterstützung! Denn nicht nur politische Intervention geht mit Ausgaben einher. Auch praktische Solidarität ist gefragt, einfach weil viele BasisaktivistInnen in Mali bzw. Westafrika ökonomisch mit dem Rücken zur Wand stehen. Derzeit sammeln wir für folgende Aktivitäten Geld: **Erstens** für unsere Aktivitäten im Bereich Landgrabbing – inklusive Vernetzungsbemühungen zwischen AktivistInnen in Bamako und im Office du Niger (→ vgl. S. 3); **zweitens** für eine große Gedenkveranstaltung am 6. Februar 2015 in Berlin (→ vgl. den obigen Beitrag „Versammlung in Rom“); **drittens** für migrationsbezogene Aktivitäten in Tunesien und Marokko; **viertens** für die Unterstützung von Basisinitiativen in Mali, Togo und Burkina Faso (genaue Infos auf unserer Webseite); und **fünftens** für unsere Öffentlichkeitsarbeit.

**Spenden sind steuerlich absetzbar!** SpenderInnen erhalten als Dankeschön jeweils unsere neuesten Druckerzeugnisse bzw. Film-DVDs per Post zugeschickt (bitte Adresse nicht vergessen).

**Unsere Kontoverbindung:** Globale Gerechtigkeit e.V.

**Kontonummer** 2 032 237 300

**Bank** GLS Gemeinschaftsbank

**BLZ** 430 609 67

**IBAN** DE67 4306 0967 2032 2373 00

**BIC** GENODEM1GLS

**Oder online per Lastschrift einzug**